

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage vom 09.09.2016, die mehrheitliche Beschlussempfehlung des Finanzausschusses in seiner Sitzung am 14.09.2016 und die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Schule und Bildungskordinierung am 20.09.2016.

Der Abg. Skoda erläuterte die Gründe, weshalb sich seine Fraktion bei den Vorberatungen zu diesem Tagesordnungspunkt hinsichtlich der Beschlussfassung enthalten habe bzw. mit der Beschlussvorlage der Verwaltung nicht zufrieden gewesen sei. Seine Fraktion sei nicht überzeugt, dass die Verwaltung dieses Projekt aus folgenfolgenden Gründen sorgfältig genug geplant habe. Einerseits habe sich bereits sechs Monate nach der ersten Vorstellung des Projektes herausgestellt, dass die Verwaltung bei der Planung eine wesentliche Position vergessen habe. Andererseits sei seine Fraktion nicht überzeugt, dass man bei der Planung sorgfältig vorgegangen sei, da man einen Vergleich der Baukosten mit ähnlichen Projekten vermisste. Zudem erschienen ihm die Baukosten für eine Schule in Höhe von 4.500 Euro pro Quadratmeter als zu hoch. Deshalb sei man der Meinung, dass möglicherweise zu Beginn der Planung die Auslegung des Projektes nicht korrekt beurteilt worden sei. Aus diesem Grund werde seine Fraktion den Beschlussvorschlag ablehnen.

Der Abg. Scharnhorst erklärte, es sei nicht eine Position vergessen worden, sondern es hätten Honorare fortgeschrieben werden müssen. Bezüglich des vom Abg. Skoda angesprochenen Quadratmeterpreises wies der Abg. Scharnhorst drauf hin, dass dieser auch die Einrichtungskosten enthalte.

Der Abg. Steiner ergänzte, dass es sich um eine Sanierung während des laufenden Schulbetrieb handele und die Schule nicht für drei Jahre geschlossen werden könne, da der Schulbetrieb fortgeführt werde müsse.

Der Abg. Skoda sagte, er habe von den reinen Baukosten gesprochen und die Ausstattungskosten nicht mit eingerechnet. Demnach käme man auf 3.000 Euro pro Quadratmeter an reinen Baukosten. Weiter führte er aus, dass aus Vorlagen anderer Landkreise und laut Information des statistischen Bundesamtes der Preis für einen Schulbau – umgerechnet auf den Kubikmeterpreis - ca. 380 Euro betrage. Für die Sanierung des Berufskollegs käme man durch eine entsprechende Umrechnung auf einen Betrag von über 800 Euro pro Kubikmeter, was seiner Ansicht nach zu hoch erscheine.

Der Abg. Dr. Bieber bemerkte, dass diese fachlichen Themen in der Sitzung des Finanzausschusses hätten erörtert werden können, was die AfD-Kreistagsfraktion jedoch nicht wahrgenommen habe. Im Sinne der Fairness empfahl er, die Fragen in dem zuständigen Fachausschuss – hier Finanzausschuss - zu stellen, damit die Verwaltung sich vorbereiten und darauf antworten könne.

Der Abg. Skoda sagte, dass er von der Verwaltung bei einem Projekt dieser Größenordnung zu Beginn der Planungen erwarte, ein Benchmarking durchzuführen, um sich einen Kostenüberblick zu verschaffen.

Der Abg. Tandler hob die Bedeutung der Beteiligung der Schulen einschließlich der Lehrkörper an der Planung und Vorbereitung für dieses Projekt hervor. Zudem verfüge ein Berufskolleg für die jungen Menschen über ein sehr differenziertes Berufsausbildungsangebot, was ein entsprechendes Kostenvolumen mit sich bringe.

Hinsichtlich der Anmerkungen des Abg. Skoda sagte der Abg. Scharnhorst, dass diesbezügliche Fragen spätestens im Januar 2016 in der gemeinsamen Sitzung des Bau- und Vergabeausschusses mit den Mitgliedern des Finanzausschusses und des Ausschusses für

Schule und Bildungskordinierung hätten gestellt werden müssen, da zu diesem Zeitpunkt die Fakten auf den Tisch gelegt worden seien.

Ltd. KVD`in Udelhoven erläuterte, man habe aufgrund der aktualisierten Kostenberechnung insbesondere deshalb ein Gutachten, bei dem Vergleichswerte hinsichtlich einer Sanierung und eines Neubaus mit einbezogen worden seien, erstellen lassen, um die bereits im Vorfeld gewonnene Erkenntnis, dass die Sanierung die wirtschaftlichere Variante sei, zu überprüfen. Im Übrigen habe man eine Vergleichsdarstellung bezüglich der Sanierung anderer Berufskollegs in der Sitzung der Fraktionsvorsitzenden Anfang des Jahres vorgestellt. Darüber hätte die Möglichkeit bestanden in der Sitzung des Finanzausschusses den dort anwesenden Gutachter Fragen zu befragen.

Sodann ließ der Landrat über den Beschlussvorschlag abstimmen.